

PRESSEMITTEILUNG

Die Sommerferien sind vorbei, jetzt heißt es gemeinsam anpacken! 51 Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft und Wissenschaft fordern Umdenken der Politik im Kampf gegen Kinderarmut

Berlin, 05.09.2024

Der Ratschlag Kinderarmut, ein Zusammenschluss aus 51 Akteur*innen aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft, fordert ein konsequentes Umdenken der Politik im Kampf gegen die Armut von Kindern und Jugendlichen. Bund, Länder und Kommunen müssen endlich gemeinsam an einem Strang ziehen! Weg von einem Kooperationsverbot zwischen den föderalen Ebenen und hin zu einem Kooperationsgebot.

Ein Aufwachsen in Armut wirkt sich auf die Teilhabe an der Gesellschaft aus und prägt Menschen für ihr gesamtes Leben. Seit Jahrzehnten verharrt die Kinder- und Jugendarmut in unserem reichen Land auf einem viel zu hohen Niveau von 20 Prozent. Die Dauer, die Kinder und Jugendliche in Armut leben, verlängert sich sogar seit Jahren. Vor dem Hintergrund einer Sparpolitik, die auch vor Angeboten für Kinder, Jugendliche und ihre Familien nicht haltmacht, fordert der Ratschlag Kinderarmut ein Umdenken im Zusammenspiel von Bund, Ländern und Kommunen. Nicht die Frage, wer welche Maßnahmen bezahlt, sollte im Vordergrund stehen, sondern die Förderung eines guten Aufwachsens für alle. Dafür braucht es eine Stärkung der Infrastruktur vor Ort. Das wird aber nur funktionieren, wenn Kommunen, Länder und der Bund sich gemeinsam zuständig fühlen und alle Ebenen auch tatsächlich Verantwortung übernehmen.

Dr. Julia Hille, Aufsichtsratsvorsitzende der DGSF: „Wir brauchen jetzt eine echte Verantwortungsgemeinschaft aller, die in diesem Land für den Aufbau und Ausbau von Strukturen zur Bekämpfung von Familienarmut zuständig sind, um die Weitergabe von Armut und den daraus erwachsenen seelischen Verletzungen in die nächsten Generationen unterbrechen zu können.“

Die **gemeinsame Erklärung des Ratschlag Kinderarmut 2024 „Vom Kooperationsverbot zum Kooperationsgebot!“** finden Sie anbei sowie auf der Homepage der Nationalen Armutskonferenz unter www.nationale-armutskonferenz.de/category/kinderarmut/

Pressekontakt:

Deutsche Gesellschaft für Systemische Therapie, Beratung und Familientherapie (DGSF e.V.)
Pola Geisler
Jakordenstraße 23
50668 Köln
presse@dgsf.org
www.dgsf.org

Diese Erklärung wurde von folgenden 51 Akteur*innen aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft unterzeichnet:

Den Appell haben unterzeichnet:

Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e.V.
Arbeiterwohlfahrt Region Hannover e.V.
Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege NRW
Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Baden-Württemberg e.V.
AWO Bezirksverband Hannover e.V.
AWO Bezirksverband Mittelrhein e. V.
AWO Bezirksverband Niederrhein e.V.
AWO Bezirksverband Potsdam e.V.
AWO Bundesverband e. V.
AWO Region Hannover e.V.
Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit e.V.
Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) e. V.
Bundeselternvertretung der Kinder in Kindertageseinrichtung und Kindertagespflege (BEVKi)
Bundesforum Männer e.V.
Bundesjugendwerk der AWO e.V.
Bundesverband der Familienzentren e.V.
Bundesverband der Mütterzentren e.V.
Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung
Der Kinderschutzbund Bundesverband e. V.
Deutsche Gesellschaft für Systemische Therapie, Beratung und Familientherapie (DGSF e.V.)
Deutsche Liga für das Kind e.V.
Deutscher Bundesjugendring e.V.
Deutscher Caritasverband
Diakonie Deutschland
Deutsches Kinderhilfswerk e.V.
evangelische arbeitgemeinschaft familie e. V.
Evangelischer Bundesfachverband Existenzsicherung und Teilhabe e.V. (EBET)
Familienplanungszentrum Berlin e.V.
Freie Universität Berlin
Gesundheit Berlin-Brandenburg e.V.
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
KINDERVEREINIGUNG e.V.
Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen Bremen e. V.
National Coalition Deutschland - Netzwerk zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention e.V.
Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband RLP/SAL
Präventionsketten Niedersachsen: Gesund aufwachsen für alle Kinder!
Progressiver Eltern- u. Erzieher*innen-Verband NRW e.V. (PEV NRW)
Save the Children Deutschland e.V.
Selbstvertretung wohnungsloser Menschen e.V.
SHIA-Bundesverband e.V.
Sozialdienst katholischer Frauen - Gesamtverein e.V.
Sozialverband Deutschland e.V. (SoVD)
Sozialverband VdK Deutschland e. V.
Stiftung SPI
Tafel Deutschland e.V.
Verband alleinerziehender Mütter und Väter Bundesverband e.V. (VAMV)
Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.
VPK-Bundesverband privater Träger der freien Kinder-, Jugend- und Sozialhilfe e.V.

Darüber hinaus wird der Appell mitgetragen von:

Gerda Holz, Politikwissenschaftlerin und Sozialarbeiterin, Bochum
Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster, EvH RWL Bochum/Universität Gießen
Prof. Dr. Silke Tophoven, Hochschule Düsseldorf